



BAHN Rechnungshof zerpfückt Begründung für Zustandekommen der ÖBB-Traumgagen

ÖBB: Gewinn nur dank Rückstellungs-Auflösung

Vor der Behandlung des Rechnungshof-Prüfberichts zur ÖBB im Parlament und nach dem jüngsten Wirbel um Top-Gagen in staatsnahen Betrieben präzisiert Rechnungshof-Präsident Josef Moser die Kritikpunkte der Kontrollbehörde an der Bahn: Er ortet Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht – von den Begleitumständen beim Job-Abbau bis zu drohenden Mehrbelastungen bei den Pensionen in Höhe von 4,2 Milliarden €.

BUNDESBahn Der Rechnungshof kritisiert die Höhe der ÖBB-Vorstandsgagen und die Art ihres Zustandekommens

ÖBB-Topgehälter: Gewinn nur durch Auflösen von Rücklagen

Der Rechnungshof-Bericht zur ÖBB wird demnächst im Parlament behandelt: Er beinhaltet reichlich Sprengstoff und Ansätze für grundlegende Verbesserungen.

Vor dem Hintergrund der demnächst anstehenden Behandlung des Rechnungshof-Prüfberichts zur ÖBB im Parlament und der jüngsten Diskussion um Topgehälter in staatsnahen Betrieben präzisiert Rechnungshof-Präsident Josef Moser im Gespräch mit dem WirtschaftsBlatt die Kritik der Kontrollbehörde an der Bundesbahn. Seine Kernaussage: „Bei der ÖBB gibt es in mehreren Bereichen dringenden Handlungsbedarf.“

Vor allem die umstrittenen, weit überdurchschnittlichen Gehaltserhöhungen für das ÖBB-Top-Management (siehe Kasten) und die Begründung dafür können anhand des aktuellen Rechnungshofberichts völlig zerpfückt werden: Denn dass die Durchschnittsgehälter z. B. für die ÖBB-Holding-Vorstände von 2005 auf 2006 von 390.000 € auf 553.000 € stiegen, wurde seitens der ÖBB mit erstmals ausbezahlten Erfolgsprämien aufgrund des operativen wirtschaftlichen Erfolgs begründet.

Statt Restrukturierung
Beim Studium des Rechnungshof-Berichts zeigt sich jedoch, dass es in den beiden Jahren zwar jeweils einen Bi-

„Bei der ÖBB gibt es seitens des Bundes in mehreren Bereichen dringenden Handlungsbedarf“

Josef Moser
Rechnungshof-Präsident

lanzgewinn der ÖBB gegeben hat, dieser aber nur durch Auflösen von Restrukturierungsrückstellungen zustande gekommen ist.

So gab es etwa im Jahr 2005 einen Gewinn von 13 Millionen €, gleichzeitig wurden aber 107 Millionen € an Rückstellungen aufgelöst. 2006 wiederum verkündete die ÖBB eine Gewinnsteigerung auf 32 Millionen €, dieser ging jedoch eine Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 158

Millionen € voraus.

Rund 60 Millionen davon seien zur Gewinnerhöhung verwendet worden, wie Recherchen der Rechnungshof-Prüfer ergeben haben. Fazit: Ohne diese Summe hätte die

Bundesbahn demnach nicht 32 Millionen Gewinn, sondern 28 Millionen € Verlust geschrieben – was wohl entsprechende Auswirkungen auf die Erfolgsprämien im ÖBB-Top-Management gehabt hätte.

„Auch im Hinblick auf die Managementgehälter ist zu beleuchten, wie die Unternehmensziele umgesetzt wurden“, sagt dazu Rechnungshof-Präsident Moser.

Das ist auch insofern pikant,

da der Prüfbericht der Kontrollbehörde der Umsetzung des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 ein vernichtendes Urteil ausstellt: „Das erklärte Hauptziel der Bahnreform, den Finanzierungsbedarf... durch Effizienzsteigerungen... zu stabilisieren und bis 2010 deutlich abzusenken, blieb bislang unerreicht.“

GÜNTER FRITZ

guenter.fritz@wirtschaftsblatt.at

„Vor Mitarbeiter-Abbau ist auch andere Verwendung zu prüfen“

Ein Hauptkritikpunkt des Rechnungshofs (RH) an der ÖBB betrifft die Themen Personal, Jobabbau und Pensionierungen: So ist das Pensionsantrittsalter bei den unkündbaren Angestellten seit 1998 mit 52,45 Jahren nahezu nicht verändert – trotz einiger Änderungen des Pensionsrechts. Zudem wird bemängelt, dass vor dem Ausscheiden eines Mitarbeiters nicht nach Jobalternativen gesucht wird. „Die Weiterverwendung von ÖBB-

Angestellten wäre sowohl vor krankheitsbedingten als auch organisatorisch bedingten Ruhestandsversetzungen konzernweit zu prüfen“, heisst es im Bericht.

Insgesamt seien 2005/06 4971 Mitarbeiter abgebaut worden (inkl. Pensionierungen), gleichzeitig jedoch 1863 neu aufgenommen worden. Trotzdem sind die geplanten Einsparungen am Personalsektor nicht erreicht worden. Laut ÖBB-Reform hätten durch Jobabbau 660

Millionen € bis 2010 und durch dienstrechtliche Änderungen 107 Millionen € pro Jahr eingespart werden sollen. Die Mittelfristplanung weist aber eine Personalkostensteigerung von 2,134 Milliarden € im Jahr 2005 auf 2,180 Milliarden € im Jahr 2010 auf. RH-Präsident Moser sieht folglich mannigfaltigen Handlungsbedarf bei der Bundesbahn: „Jede Massnahme im Unternehmen hat Auswirkungen auf das Bundesbudget.“



TOP-GEHÄLTER

Unter jenen 21 Unternehmen, deren Vorstände mehr verdienen als der Bundeskanzler, finden sich gleich neun AG bzw. GmbH des ÖBB-Konzerns. Neben der ÖBB-Holding, in der die Jahres-Durchschnittsgehälter von 2005 zu 2006 von 390.000 auf 553.000 € stiegen, gab es auch in allen anderen ÖBB-Töchtern bemerkenswerte Gehaltssprünge – sogar in den GmbH, also der dritten Konzernebene. Das sei im Vergleich zur Privatwirtschaft sehr ungewöhnlich, stellt der Rechnungshof fest. So stieg etwa das Gehalt für die Führung der ÖBB-Immobilien-gesellschaft von 287.000 auf 416.000 €.

KOSTEN

Bei Pensionen droht zusätzliche Mehrbelastung von 4,2 Milliarden €

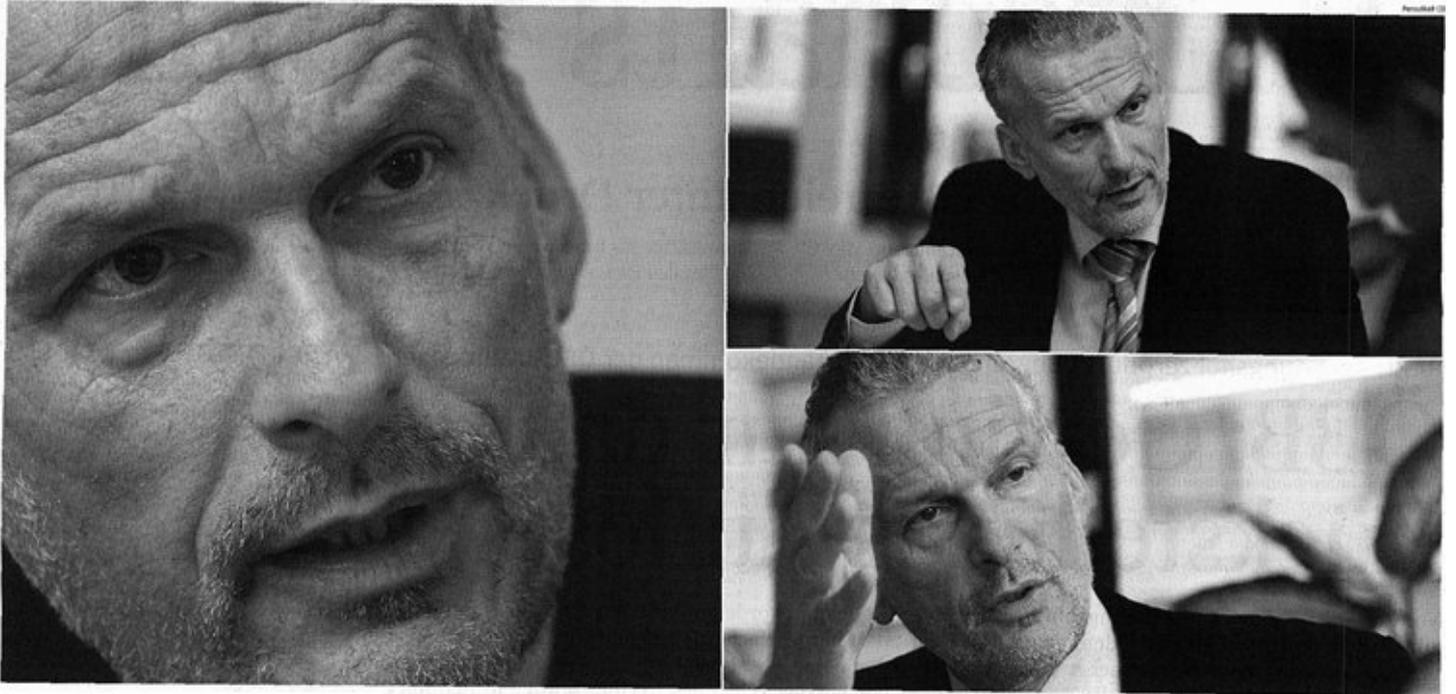
Auch bei den Kosten für die ÖBB-Pensionisten schrillen beim Rechnungshof die Alarmglocken: Denn langfristig drohen zusätzlich zu den ohnehin schon hohen Aufwendungen Mehrbelastungen in Höhe von 4,2 Milliarden €. „Bund bzw. Nationalrat sind hier aufgefordert, rasch Abhilfe zu schaffen und diese Kosten für das Budget abzuwenden“, sagt Rechnungshof-Präsident Josef Moser.

Zustande kommen die 4,2 Millionen € durch zwei Positionen: Einerseits durch die Einbeziehung der sogenannten Nebengebührenpauschale (u. a. Fahrgebühren, Erschwerniszulage) als Gehaltsbestandteil in die Bemessungsgrundlage in der Ära von ÖBB-Chef Rüdiger vorm Walde im Jahr 2002. Diese schlägt sich mit 1,2 Milliarden € zu Buche. Noch mehr kostet andererseits die 1997 vereinbarte schrittweise Anhebung des Nebengebührendurchschnittssatzes von zehn auf 15 Prozent. Diese verursacht Mehraufwendungen in Höhe von bis zu

drei Milliarden €. „Die Anhebung ist insofern unnötig, weil die Nebengebühren laut Erhebung bislang deutlich unter der Zehn-Prozent-Marke liegen“, sagt dazu Moser: „In der Pension wird somit eine Leistung bzw. Erschwernis abgegolten, die in diesem Ausmass nie erbracht

wurde.“ Obwohl der Rechnungshof bereits zwei Mal in Prüfungen darauf hingewiesen habe, gebe es jedoch „bisher kein Ergebnis“. Denn zwischen Infrastruktur- und Finanzministerium gibt es einen Kompetenzstreit, wer für die Prüfung der Nachvollziehbarkeit der Nebengebührenpauschale zuständig ist. Abgeschafft werden könnte der Nebengebührensatz mit einfacher Mehrheit im Parlament.

Aber auch unabhängig von den drohenden Mehrbelastungen werden die Aufwendungen des Bundes für die ÖBB-Pensionen ständig höher: Zwischen 2003 und 2006 stiegen sie von 1,258 Milliarden € auf 1,426 Milliarden €. (gf)



Rechnungshof-Präsident **Josef Moser**: „In der ÖBB gibt es eine Reihe anachronistischer Regelungen zulasten Dritter“